

Chruschtschows nicht richtig einschätzt. Dieser hat in der Nach-Stalin-Zeit immerhin die Führungsrolle der Partei im Sowjetstaat wiederhergestellt und eine heute übliche „kollektive Führung“ vorbereitet und ermöglicht. Mit den speziellen Problemen der Überwachung und des Managements einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft wären auch andere nicht fertig geworden. Es ist nicht zuletzt „das persönliche Verdienst Chruščëvs“, daß er den Einbruch des Pluralismus in die gesellschaftliche Struktur der Sowjetunion und die anderer osteuropäischer Länder ermöglicht hat.

Die folgenden zwei Kapitel umfassen die Jahre 1964—1971. Der Verf. analysiert hier den Versuch der neuen sowjetischen Führung nach Konsolidierung, die Probleme zwischen supranationalem Zentralismus und regionalem Nationalismus — am Beispiel Rumäniens — sowie die Entwicklung vom Prager Frühling bis hin zur Intervention im August 1968, um dann die Auswirkungen der Niederwerfung des Prager Frühlings durch Nachbarschaftshilfe darzustellen. Von besonderer Bedeutung ist der Abschnitt über den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, über die Warschauer-Pakt-Organisation sowie über die KSZE als Instrumente sowjetischer Osteuropapolitik.

Das Schlußkapitel beschäftigt sich mit Osteuropa im Zeichen friedlicher Koexistenz in den Jahren 1971 bis 1975, dargestellt am Beispiel der Richtungen für die Konzeption sowjetischer Außenpolitik, der erfolgreichen Integrationspolitik im Militär- und Wirtschaftsbereich, des labilen Gleichgewichtes in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei sowie der Frage, ob der Balkan Friedenszone oder Pulverfaß werden würde.

Resümierend stellt Hoensch am Schluß fest: „Solange die nationalen Kräfte selbst in ihren größten und emotionalsten Formen in Osteuropa lebendig bleiben, wird die Sowjetregierung wegen außenpolitischer Rücksichtnahmen die im allgemeinen unsichtbaren, wenn auch recht direkten Herrschaftsmethoden beibehalten müssen, um ihre Dominanz über den kommunistisch regierten Staatengürtel in ihrem westlichen Vorfeld ungeschmälert zu behaupten“ (S. 475). Dies entspricht auch dem traditionellen russischen imperialen Zentralstaatsmodell im Gegensatz zum mitteleuropäischen Föderativstaatsmodell und dem westeuropäischen Nationalstaatsmodell.

Abgerundet wird das Buch durch eine Auswahlbibliographie und — bedauerlicherweise — nur durch ein Personenregister. Ein Sachregister wäre wegen des nicht sehr ausführlichen Inhaltsverzeichnisses für den Benutzer sehr hilfreich gewesen, zumal sich Hoensch mit seinem Buch an eine größere Öffentlichkeit wendet, die in der Regel nicht die notwendigen Sprachkenntnisse besitzt, um Originalbeiträge aus dem Bereich der slawischen Sprachen heranzuziehen.

Hamburg

Wolf D. Gruner

*R a g e a u*, Jean-Pierre: Prague 48. *Le rideau de fer s'est abattu.*

Editions Complexe, Brüssel 1981, 217 S., brosch. (La mémoire du siècle 13).

Die von André Versaille in Brüssel herausgegebene Reihe „Le mémoire du siècle“ will mit ihren Einzeldarstellungen im Taschenbuchformat (alles Erstver-

öffentlichungen) mehr als nur Ereignisgeschichte und historische Ursachenanalyse bieten. Ein besonderer Akzent liegt dem Herausgeber zufolge auf der „Rezeption“ des historischen Geschehens durch die Presse und andere Medien: „Das Ereignis, seine Ursachen und Folgen, aber auch seine Mythen, sein Echo in den Vorstellungen der Gesellschaft, das Gerede und die Gerüchte.“ Diese Akzentuierung kommt dem Autor entgegen, der als einzige Quellen zum Prager Umsturz und seinen Hintergründen nur über Berichte und Zeugnisse von Akteuren und parteipolitisch gebundenen Beobachtern verfügt bzw. sich auf weiten Strecken seiner Ausführungen auf Pressestimmen stützen muß, die dem einen oder anderen Lager angehören. Und die Presse wird auch reichlich zitiert, die tschechische wie die westeuropäische. Weitere Quellen beschränken sich verständlicherweise auf Gedrucktes: Parteiprogramme, Memoiren u. a. Rageau konnte die grundlegende, aus tschechoslowakischen Archiven schöpfende Analyse des tschechoslowakischen Wegs zum kommunistischen Machtmonopol von Karel Kaplan (*Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945—1948*, München-Wien 1981) noch nicht kennen, geschweige denn Kaplans kürzlich erschienenen Buch über die Unterwanderung, Gleichschaltung und Vernichtung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie (*Das verhängnisvolle Bündnis*, Wuppertal 1984). Aber auch sonst erweisen sich seine bibliographischen Hinweise als etwas dürftig und sind wohl vor allem für den französisch- und englischsprachigen Leser bestimmt.

Man wird daher in dieser gedrängten Darstellung weder neue Informationen zum Februarumsturz, dessen Ablauf der Verf. Tag für Tag kurz nacherzählt, noch zur KPTsch und ihrem geschickten Krisenmanagement in jenen Tagen finden. Rageaus Verdienste liegen vielmehr in der umsichtigen, von einer guten Kenntnis der internationalen Nachkriegspolitik zeugenden Einordnung des Februars in die ersten Jahre des Kalten Krieges und seine außen- und innenpolitischen Auswirkungen in Europa. Wer erinnert sich schon daran, daß nach der Ausschaltung der Kommunisten aus den nationalen Koalitionsregierungen in Frankreich, Italien und Belgien Anfang 1947 und der entsprechenden Verjagung und Bekämpfung der nichtkommunistischen Parteien in Osteuropa allein Finnland und die Tschechoslowakei — an der Nahtstelle der entstehenden Blöcke gelegen — das demokratische Experiment der Nationalen Front zunächst weiterverfolgten.

Für das Scheitern dieses Versuchs einer Synthese von politischer Demokratie (in einer besonderen Form) und ökonomischem Sozialismus (ergänzt durch Privatwirtschaft) in der ČSR führt der Verf. innen- wie außenpolitische Gründe an. Das hier institutionalisierte Prinzip der Nationalen Front, der Bindung der nach 1945 zahlenmäßig reduzierten politischen Parteien an die öffentliche Verantwortung, an den Staat, die Regierung etc., hatte solange Bestand, als das gesamt-nationale Interesse der Errichtung einer Neuen Demokratie und der dazu nötige Geist des Respekts und der Toleranz bei den Parteien überwogen. Es scheiterte, als seit dem Frühjahr 1947 unter dem Eindruck der internationalen Lage die KPTsch das Spiel allein zu ihren Gunsten zu wenden suchte: Im Rahmen der Blockbildung und damit der Integration der ČSR in das sowjetische Lager hatte das Experiment einer Neuen Demokratie für die Kommunisten seinen Sinn verloren. Die parteipolitischen Differenzen lagen aber — wie Rageau betont — noch tiefer. Die National-Sozialisten

und die Volksparteiler orientierten sich an der Ersten Republik, Kommunisten und Sozialdemokraten strebten eine weiterentwickelte, sozialistische Gesellschaft an, während die Demokratische Partei der Slowakei das Ziel eines Bundesstaates vor Augen hatte — Zielsetzungen, die letzten Endes unvereinbar waren und nur in der ersten Wiederaufbauphase zu einem wirksamen politischen System vereint werden konnten.

Den Hauptgrund für das Ende der Neuen Demokratie sieht der Verf. wie die meisten Historiker in der allgemeinen außenpolitischen Situation, dem beginnenden Kalten Krieg, der Blockbildung, dem Trauma von „München“ und in der Ostbindung der neuen Tschechoslowakei seit der Londoner Zeit (Beneš Pakt mit der UdSSR von 1943). Das politische und ökonomische Experiment eines „régime mixte“ entsprach seit 1947 nicht mehr der Interessenlage des Westens und der des sowjetisch bestimmten Ostens einschließlich der jeweiligen Einflußsphären. Für die westlichen Regierungen (und für die Kominform) gehört die ČSR seit dieser Zeit nicht mehr zur Gruppe der Demokratien und bleibt ihrem Schicksal überlassen. Das tschechoslowakische System scheiterte letztlich daran, daß es in einer Zeit außenpolitischer Polarisierung und innenpolitischer Verhärtung weder den zunehmend konservativen, an Amerika orientierten Regierungen des Westens, noch den politischen Zielen der Kremlführung entsprach.

Ein besonderes Kapitel widmet der Verf. den sich wandelnden Urteilen und Interpretationen der Februarereignisse bis in unsere Zeit. Interessant ist sein Hinweis auf die Entstehung der Theorie des Totalitarismus im Klima des Kalten Krieges, d. h. der wesentlichen Ähnlichkeit von Naziherrschaft und Stalinismus bzw. sowjetischem Expansionismus. Daraus folgte im Westen die Verwerfung jeglicher Zusammenarbeit mit Kommunisten, das Mißtrauen gegen Sozialdemokraten und Sozialisten und dementsprechend das Wiedererstarken politisch konservativer, ökonomisch am amerikanischen Kapitalismus orientierter Strömungen und Parteien. Der Prager Umsturz erscheint dem Verf. in diesem Zusammenhang als eine für diese Kreise günstige Gelegenheit, die demokratisch-sozialistischen Ansätze in Europa weiter einzudämmen bzw. zu beenden, die nach dem Sieg der Alliierten allerorten in die Wege geleitet wurden, und damit den in den ersten Nachkriegsjahren verlorenen Boden wiedergutzumachen. Die Angstpsychose in der öffentlichen Meinung seit 1948 trug somit wesentlich zum Wiedererstarken und zur Stabilisierung des rechten Parteienspektrums in Europa bei. Es ist ein Verdienst des Autors, bei der für ihn und viele andere Forscher mangelhaften Quellenlage gerade diese sehr wichtigen internationalen Aspekte des Februars 1948 überzeugend herausgestellt zu haben. Der spezifische Charakter des tschechoslowakischen Weges von 1945 bis 1948 freilich wird sicher noch lange umstritten sein.